

Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1164/2003 öffentlich 07.03.2003 07.03.2003	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, Schul- und Kulturausschuss, Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der CDU-Fraktion betr. Bebauung des Fronhofgeländes

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten,

- 1. der Stadtverordnetenversammlung Alternativplanungen zur möglichen Bebauung des Fronhofgeländes vorzulegen und die jeweils zu erwartenden Baukosten zu benennen. Hierbei sollen die Alternativen 300 qm / Einfelderhalle (ca. 400 qm) und eine doppelgeschossige Bebauung berücksichtigt werden.**
- 2. zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, Alternativbebauungsmöglichkeiten mittels eines Architektenwettbewerbs zu ermitteln, hierzu möge der Magistrat die Kosten für einen solchen Wettbewerb mitteilen.**
- 3. der Stadtverordnetenversammlung die Zuschussmöglichkeiten von Land, Bund und EU zur künftigen Nutzung aufzuzeigen. Hier soll insbesondere die künftige Nutzung für Schulsport bzw. eine Nutzung für Projekte von Schule/Kultur berücksichtigt werden und es soll mitgeteilt werden, ob besondere Zuschussmöglichkeiten aus Sportförderungs- u. Kulturförderungsprogrammen (EU, Bund, Land,) bestehen.**
- 4. sobald die Ergebnisse der Punkte 1 bis 3 vorliegen, soll in einer gemeinsamen Sitzung des Schul- u. Kulturausschusses und des Bauausschusses in der Turnhalle der Otto-Ubbelohde-Schule mit Vertretern der betroffenen Schulen (Lehrern,**

Elternvertretungen, Schulfördervereinen und des KFZ) die Problematik mit den Betroffenen besprochen und beraten werden. Eine enge Beteiligung mit den Betroffenen sollte sicher gestellt werden.

Begründung:

Gemeinsam haben die O-U-Schule, die Fronhofschule und das KFZ ein Konzept erarbeitet, das beide Nutzergruppen für verträglich halten.

Da die Schulen und das KFZ unabhängig voneinander jeweils eine große Halle für ihre Unterrichtsverpflichtung bzw. Durchführung kultureller Veranstaltungen brauchen und die gemeinsame Nutzung desselben Mehrzweckraumes nach sorgfältiger Prüfung nur Konflikte erwarten lassen, entstand die Idee einer 2 – Hallenlösung. Die Konzeption gemeinsamer theater- und musikpädagogischer Projekte wäre ein zusätzlicher Gewinn.

Welche Kosten für eine solche Lösung entstünden wurde den Stadtverordneten bislang nicht detailliert mitgeteilt. Es ist wichtig zu erfahren, ob es Möglichkeiten gibt, für die bislang vorgesehenen Kosten eine andere Lösung, als die angedachte 300 qm-Halle bauen zu lassen.

Weitere Informationen zu einer möglichen Bebauung und auch über Fördermöglichkeiten sind den Stadtverordneten vor einer endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Christine Dersch

Winfried Kissel

Anne Oppermann

Karin Schaffner

Anni Röhrkohl

Anita Kaufmann

Ingo Lohse

Hannelore Gottschlich

Gunilla Rising-Hintz